



Was die Bürger Europas vom Europäischen Sozialfonds erwarten

Eurobarometer-Umfrage

Die meisten Europäer glauben, dass die EU ihrem Land aktiv dabei helfen kann, die Folgen der Wirtschaftskrise zu überwinden. Laut einer jüngsten Meinungsumfrage ist ihnen auch der Europäische Sozialfonds bekannt, und sie haben ihre eigenen Ansichten darüber, worauf die europäische Politik ihre Anstrengungen konzentrieren sollte.

Einleitung

In den kommenden zehn Jahren verfolgt die EU im Rahmen ihrer Strategie Europa 2020 das Ziel, den wirtschaftlichen Aufschwung, das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den 27 EU-Mitgliedstaaten zu fördern.

Der Europäische Sozialfonds (siehe Kasten auf Seite 2) spielt für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie eine entscheidende Rolle. Er ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit ihrer Bürger, zur Entwicklung von Bildungskompetenzen und Fertigkeiten sowie zur Bekämpfung von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung.

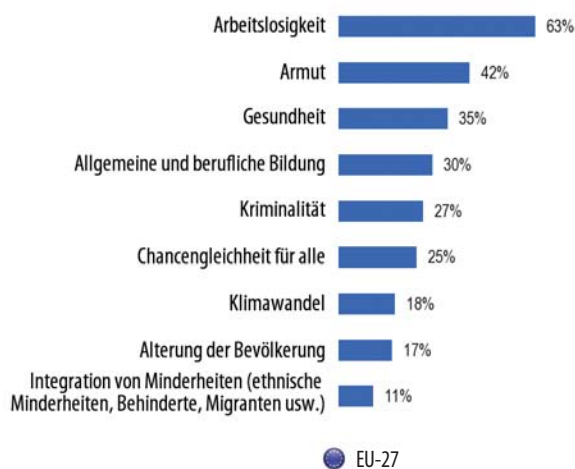
Im Juni 2010 hat die Europäische Kommission eine Eurobarometer-Umfrage durchgeführt, um bei Europas Bürgern den Kenntnisstand und ihre Einschätzung hinsichtlich der Rolle des ESF zu erheben. Dieses Informationsblatt bietet eine Zusammenfassung der Umfrageergebnisse.

Wichtigste Schlussfolgerungen

- Für die Europäer steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die EU bei einer Auswahl von sozialen und beschäftigungspolitischen Themen an erster Stelle (63%), gefolgt von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung (siehe Grafik 1).

- EU-Mittel sollten vorrangig zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden (56%).
- Eine Mehrheit (59%) ist der Meinung, dass der ESF Menschen in der ganzen EU unterstützen sollte, nicht allein in den ärmeren Regionen.

Grafik 1: Prioritäten der Europäer für die EU-Politik



Quelle: Eurobarometer Spezial 350/Befragung 73.5 – Seite 6
http://ec.europa.eu/employment_social/esf/docs/ebs_350_en.pdf



1. Das wichtigste Thema: Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit zählt selbst in wirtschaftlich guten Zeiten zu den Hauptanliegen der Europäer. Daher verwundert es nicht, wenn dieses Thema in einer Wirtschaftskrise ganz oben auf ihrer Agenda steht. In Litauen, Lettland und Spanien hatte Arbeitslosigkeit für über 80 % der Befragten höchste Priorität. Das ist

leicht nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass 20% der Bevölkerung Spaniens und Lettlands keine Arbeit haben – das ist die höchste Erwerbslosenquote in der EU, gefolgt von Litauen mit 17%.

Eine genauere Untersuchung des Profils dieser Gruppe ergibt, dass Geringqualifizierte oder Arbeitslose sowie Menschen in finanziell unsicheren Verhältnissen oder

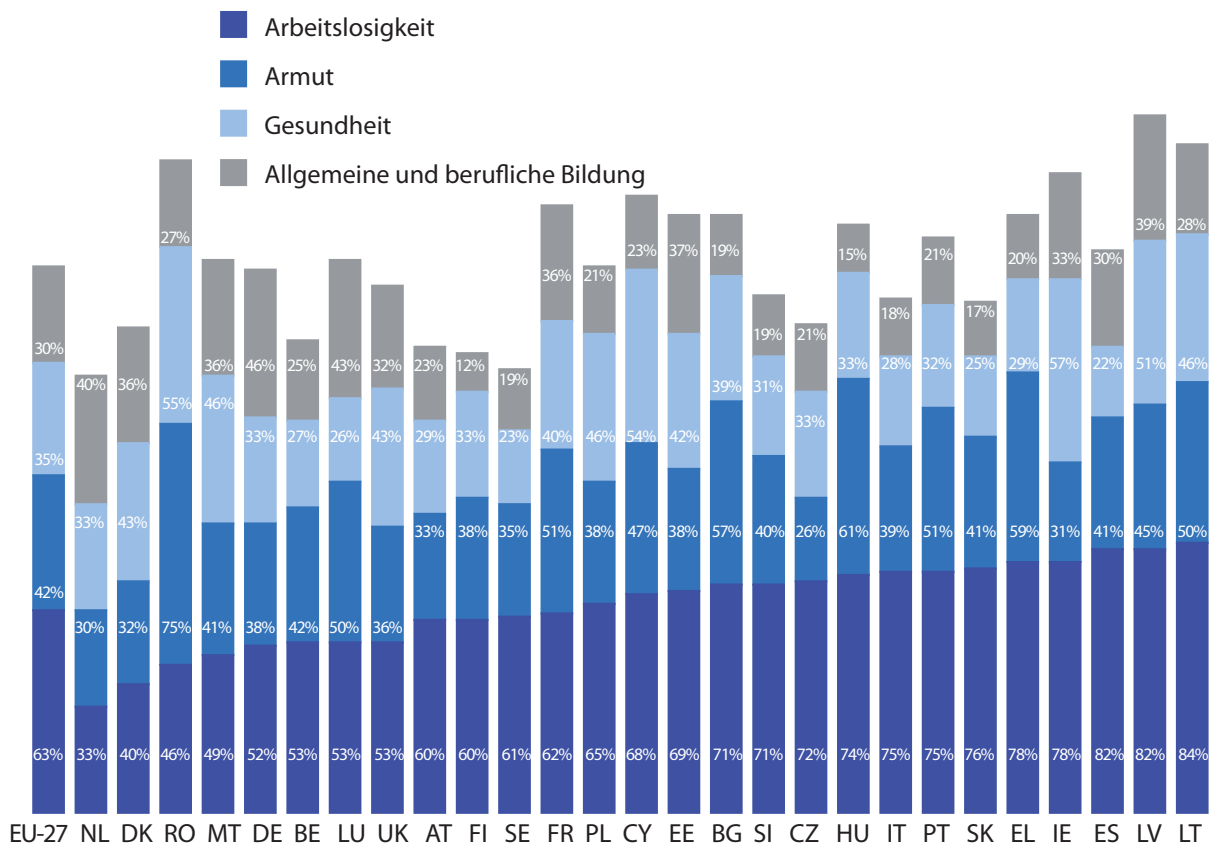
Was unternimmt der ESF?

Der **Europäische Sozialfonds** ist das wichtigste Instrument der EU zur Förderung von Menschen. Er unterstützt Initiativen, die die Lebenschancen der Menschen nachhaltig verbessern. Er kofinanziert zum Beispiel Projekte, die

- arbeitslosen oder benachteiligten Menschen helfen, ihre berufliche Qualifikation zu verbessern und Arbeit zu finden;
- Diskriminierung bekämpfen und gefährdeten Gruppen die Teilnahme am Arbeitsmarkt und eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglichen;
- Fertigkeiten und Kenntnisse durch bessere Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung fördern;
- Arbeitnehmer und Unternehmen ermutigen, sich an den wirtschaftlichen Wandel anzupassen, und die Partnerschaften zur Schaffung besserer Arbeitsplätze fördern.

Von 2007 bis 2013 werden in allen Mitgliedstaaten jährlich insgesamt über 10 Mrd. EUR aus dem ESF bereitgestellt. Dies entspricht mehr als 10 % des Gesamthaushalts der EU.

Grafik 2: Prioritäten der Europäer für die EU-Politik, nach Mitgliedstaaten





solche, die sich am unteren Ende der sozialen Leiter wahrnehmen, sich mehr Sorgen über Arbeitslosigkeit machen. Auch in der Altersgruppe bis 40 hat das Thema einen höheren Stellenwert, während es für ältere Menschen von geringerer Bedeutung ist.

2. Bekämpfung von Armut steht im Vordergrund

Armut steht auf der Themenliste für Maßnahmen der EU an zweiter Stelle (42%), doch das Meinungsbild variiert hier stärker zwischen den Mitgliedstaaten (siehe Grafik 2). In Ländern mit höherem Armutsrisiko sind dessen Bürger stärker an diesem Thema interessiert (siehe Broschüre über den ESF und die soziale Ausgrenzung). So wünschen 75% der Rumänen, dass die EU Armutsbekämpfung zu einem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten macht, während nur 25% der Tschechen dieser Meinung sind. Frauen sind etwas stärker besorgt als Männer, und ältere Menschen ab 55 Jahren sind an Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut mehr interessiert als alle übrigen Altersgruppen.

Engagiert im Kampf gegen die Armut

Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) hat der ESF einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Beschäftigung geleistet und so das Armutsrisiko verringert. Wenn man Menschen befähigt, sich selbst zu helfen, sind sie in der Lage, die Qualität ihres Lebens zu verbessern und so Armut und Marginalisierung zu vermeiden. Der ESF unterstützt Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen, benachteiligte Menschen aus sozialer Ausgrenzung herauszuführen und sie in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Aktive Arbeitsmarktpolitik und die Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen wie etwa Kinderbetreuung sind nach wie vor die Hauptinstrumente hierfür. Bildung spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle, um die Weitergabe der Armut von einer Generation an die nächsten zu verhindern. Der ESF bietet arbeits- oder erwerbslosen Menschen die Möglichkeit, Arbeit zu finden, und benachteiligte Jugendliche erhalten durch ihn die Chance, Grundfertigkeiten oder eine sinnvolle Qualifikation zu erwerben.

3. Allgemeine und berufliche Bildung: ein zentraler Bereich von ESF-Aktivitäten

Allgemeine und berufliche Bildung erhöhen die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen und ermöglichen ihnen, durch Verbesserung ihrer Fertigkeiten und

Qualifikationen Armut zu verhindern. Ein wesentlicher Teil der ESF-Finanzmittel wird dafür verwendet. In Deutschland gaben 46% der Befragten dieses Thema als vorrangig für Maßnahmen der EU an, gegenüber nur 12% in Finnland. Dies läßt sich durch die unterschiedliche allgemeine Zufriedenheit der Bürger mit den verschiedenen Bildungssystemen erklären. Bei diesem Thema haben vor allem Führungskräfte, Studierende und Höherqualifizierte Interesse an entsprechenden Maßnahmen. Im Gegensatz zu den Ergebnissen beim Thema Armut werden allgemeine und berufliche Bildung verhältnismäßig häufiger von Männern und von der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen als Priorität genannt. Von den Menschen, die die Schule bereits im Alter von 15 Jahren verließen oder bei Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen halten nur 20% allgemeine und berufliche Bildung für vordringlich.

4. Gesundheit: ein wichtiges Anliegen der Europäer

Für die Europäer steht Gesundheit als Thema für soziale Maßnahmen der EU an dritter Stelle (35%), vor allem in Irland, Lettland, Rumänien und Zypern. Der ESF finanziert zahlreiche Projekte mit engem Bezug zu gesundheitsrelevanten Themen wie psychologische Betreuung, Verbesserung des Arbeitsumfelds für Menschen mit Behinderungen oder Ausstiegshilfen für Drogenabhängige.

5. Weitere Themen

Die Förderung der Chancengleichheit zählt für 25% der Europäer zu den vorrangigen Aufgaben der EU. Der Problembereich Kriminalität wird jedoch höher eingestuft (27%). Die Bürger Europas sprechen sich auch für Maßnahmen der EU zum Klimaschutz (18%) und im Hinblick auf eine alternde Bevölkerung aus (17%), während nur 11% der Auffassung sind, die Europäische Union solle der Integration von Minderheiten Vorrang einräumen. Während die Bedeutung, die der Integration von Minderheiten beigemessen wird, keinen Bezug zu ihrem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung eines Landes zu haben scheint, nimmt dieses Thema auf der Prioritätenliste in Ländern wie Dänemark, den Niederlanden und Schweden weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Diese Länder haben die Integration von Minderheiten bereits in der Vergangenheit in den Mittelpunkt ihrer ESF-Aktivitäten gerückt.

Die Einstellungen zum Klimawandel weisen beträchtliche Unterschiede auf. Insbesondere in den nordischen Ländern gilt Klimaschutz als eine der wichtigsten Aufgaben der EU, während in Polen, Litauen und Lettland nur eine kleine Minderheit diese Ansicht vertritt.

Dies spiegelt nicht nur wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Staaten wider, sondern auch deren unterschiedliche Auffassung hinsichtlich der zentralen Anforderungen an die europäische Politik.

EU-Politik hat positive Auswirkungen

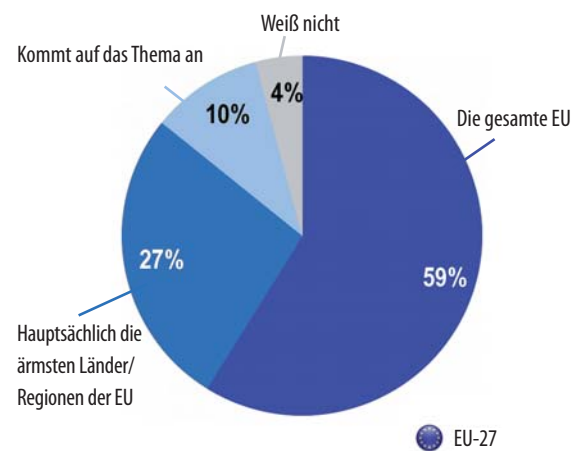
Im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise stellen die meisten Europäer hohe Erwartungen an die EU. 2009 ergab eine Eurobarometer-Umfrage, dass 72 % der Europäer glauben, die europäische Politik habe positive Auswirkungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein noch höherer Anteil der Befragten (78 %) ist der Meinung, dass die EU den Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung verbessert, während 76 % ihren Einfluß auf die Gleichstellung der Geschlechter begrüßen und 73 % ihre Rolle bei der Bekämpfung anderer Formen der Diskriminierung positiv bewerten.

Weitere Informationen finden Sie im Eurobarometer Spezial 316 unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_320_300_en.htm

6. ESF – EU-weite Solidarität

Die ESF-Förderung umfasst ganz Europa. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die Entwicklung einer qualifizierten und anpassungsfähigen Erwerbsbevölkerung ist ein gemeinsames Ziel aller Mitgliedstaaten, und in allen diesen Ländern gibt es Menschen, die Unterstützung in Anspruch nehmen können. Die Umfrage ergab, dass die meisten Europäer mit diesem Ansatz einverstanden sind: 59 % befürworten eine aktive Rolle der EU in sozial- und beschäftigungspolitischen Fragen für ganz Europa gegenüber 27 %, die eine Konzentration auf ärmere Regionen bevorzugen. Die Angaben fallen

Grafik 3: Welche Gebiete sollte die EU unterstützen?



jedoch abhängig vom wirtschaftlichen Wohlstand unterschiedlich aus: in reicheren Ländern sprechen sich mehr Menschen für einen flächendeckenden Ansatz aus (78 % in den Niederlanden, 75 % im Vereinigten Königreich und 70 % in Finnland). Die Menschen in den ärmeren Mitgliedstaaten (Lettland, Litauen und Bulgarien) bevorzugen dagegen den Einsatz der Ressourcen ausschließlich für geringer entwickelte Regionen.

Schlussfolgerungen

Die Umfrage zeigt, dass der ESF die Themen, die die Menschen bewegen – vor allem angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise – erfolgreich angeht: Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Unterstützung bei der Armutsbekämpfung sowie Angebote der allgemeinen und beruflichen Bildung, um die eigene Lebenssituation verbessern zu können.

Sie bestätigt, dass die meisten Europäer die Politik des ESF unterstützen, in ganz Europa in Menschen zu investieren. Und sie zeigt, dass immer mehr EU-Bürger von der Arbeit des ESF erfahren.

Weitere Informationen zu unseren Veröffentlichungen finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/employment_social/esf/library/library_de.htm



Weitere Informationen:

Informationsdienst der GD Beschäftigung, Soziales und Integration
Referat Kommunikation
B-1049 Brüssel
Fax: +32 2 296 23 93
E-Mail: esf@ec.europa.eu
<http://ec.europa.eu/esf>